

# Hamburiger Echo

## Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Das Hamburiger Echo erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.  
Bezugspreis: Im voraus zahlbar: Monatlich 2,50 M., vierteljährlich 7,50 M., halbjährlich 13,50 M., jährlich 25,00 M. (einschließlich Postgebühren).  
Einzelhefte 0,15 M. (einschließlich Postgebühren).  
Durch die Post zu gleichen Bedingungen zugängliche Belegblätter.  
Redaktion: Altonaer Straße 11, I. Fernsprecher: (9) 2161 und 1093.  
Verlag: Altonaer Straße 11, I. Fernsprecher: (9) 2161 und 1093.  
Druckerei: Altonaer Straße 11, I. Fernsprecher: (9) 2161 und 1093.

Einzelhefte 0,15 M. (einschließlich Postgebühren).  
Bezugspreis: Im voraus zahlbar: Monatlich 2,50 M., vierteljährlich 7,50 M., halbjährlich 13,50 M., jährlich 25,00 M. (einschließlich Postgebühren).  
Einzelhefte 0,15 M. (einschließlich Postgebühren).  
Durch die Post zu gleichen Bedingungen zugängliche Belegblätter.  
Redaktion: Altonaer Straße 11, I. Fernsprecher: (9) 2161 und 1093.  
Verlag: Altonaer Straße 11, I. Fernsprecher: (9) 2161 und 1093.  
Druckerei: Altonaer Straße 11, I. Fernsprecher: (9) 2161 und 1093.

Nummer 271

Sonntag, 1. Oktober 1927

53. Jahrgang

### Freie Bahn für produktive Arbeit.

#### Reichsbankdiktatur gegen die Gemeinden

Von Dr. Paul Herß.

Der Name des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ist im Zusammenhang mit der unsterblichen Verflechtung der Preußen-Anteile mehrfach genannt worden. Ob das mit recht oder unrecht geschah, kann heute noch nicht entschieden werden. Auf jeden Fall besteht eine schließliche Gleichzeitigkeit zwischen der Kredit- und der Wirtschaftspolitik. Die er den Gemeinden gegenüber angewandten Methoden und den Schwierigkeiten, die der Preußen-Anteil in Amerika erwachsen sind.

Die Wirtschaftslage in Deutschland hat sich in den letzten Monaten dauernd gebessert. Eines der wichtigsten Anzeichen dafür ist der stete Rückgang der Zahl der Erwerbslosen. Ob aber diese Entwicklung noch längere Zeit anhält, ist zweifelhaft. In vielen Wirtschaftskreisen rechnet man damit, daß nicht nur die alljährliche saisonmäßige Verschlechterung des Wirtschaftslebens ungünstig beeinflusst wird, sondern auch eine allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage eintritt. Selbst wenn diese pessimistische Auffassung nicht in Erfüllung geht, so erwächst aus der Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung dennoch die Aufgabe Vorzorge zu treffen, um den möglichen Konjunkturschwung zu mildern und zu verlangsamen. Die Befähigung von Arbeitsmöglichkeiten hängt aber zu einem erheblichen Teil von der Bereitstellung von Kapital ab. Die deutsche Volkswirtschaft ist zur Aufbringung der erforderlichen Mittel allein nicht imstande, sondern muß wie vor auf den Zustuß von Kapital aus dem Auslande angewiesen sein.

Sparungen geleistet hatten, in jeder Weise geschäftert ist, gibt es überhaupt nur noch zwei Finanzquellen für den Wohnungsbau, und zwar die Erträge der Hauszinssteuer und die Erträge von Auslandsanleihen. Die Erträge der Hauszinssteuer sind beschränkt und für die Verwirklichung eines Wohnungsbauprogramms von 250.000 Wohnungen unzulänglich. Infolgedessen können entweder nur etwa 150.000 Wohnungen gebaut oder es müssen Auslandsgebelei beschafft werden. Unterbleibt das letztere, dann heißt das Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms im klaren sein, daß jede Einschränkung des Wohnungsbaus auf das übrige Wirtschaftsleben zurückwirkt und die Tendenzen zu seiner Verschlechterung verstärkt.

Die Kritik an dem Verhalten der Beratungsstelle, in der die Haltung der Reichsbank fast immer entscheidend war, hat nicht verhindern können, daß die Reichsbank neuerdings bei Ausnahmen von Auslandsanleihen der Kommunen noch abnehmender gegenübersteht als früher. Allgemeine volkswirtschaftliche Gründe sind dafür nicht maßgebend. Würden sie bestehen, dann wäre eine Kontrolle und eine Genehmigungspflicht der Privatbanken ebenso notwendig wie für öffentliche Anleihen. Dann müßte man sich Herrn Schacht einen schweren Vorwurf daraus machen, daß er bisher nichts getan hat, um diese Genehmigungspflicht für Privatbanken einzuführen. Wir scheuen uns auch nicht, offen auszusprechen, daß nach unserer Meinung die Abneigung der Reichsbank gegen Auslandsanleihen der Kommunen vor allem auf den Wunsch der Privatunternehmer zurückgeht, die wirtschaftliche Befähigung der Gemeinden zwangsweise zu hindern.

Es fehlt Herrn Schacht und seinen untergeordneten Organen nur an Mut, sich zu dieser ungeschönten Anschauung öffentlich zu bekennen. Neue Richtlinien von Herrn Schacht wollen, daß die Prüfung von Auslandsanleihen häufig noch schärfer vorgenommen wird als bisher, und zwar erstens dahin, ob der Anleihebnehmer nicht maroden kann, bis der inländische Geldmarkt die erforderlichen Gelder zur Verfügung stellen kann, und zweitens, ob eine Anleihe ausschließlich für produktive Zwecke verwendet werden soll. Die Aufnahme von Auslandsanleihen soll also nicht erleichtert, sondern sogar noch erschwert werden.

Dieses Verhalten des Reichsbankpräsidenten ist eine volkswirtschaftliche Gefahr. Es droht nicht nur die Tätigkeit der Gemeinden, sondern es ruft auch die Gefahr hervor, daß die Wirtschaftslage verschärft wird und Sonderaufwände auf neue das Elend der Erwerbslosigkeit zu vergrößern bekommen. Daher hat die sozialdemokratische Reichskonferenz für Kommunalpolitik nach Abschluß der Aussprache über Wohnungspolitik und Wohnungskultur eine wichtige Entschließung zum Wohnungsbauprogramm 1928 angenommen. Sie fordert 1. die Bereitstellung der Hauszinssteuererträge zur Gewährung von verbilligten Hypotheken aus öffentlichen Mitteln; 2. Erleichterungen der zur Ergänzung der öffentlichen Mittel unentbehrlichen privaten Baufinanzierung; und zwar u. a. durch Befreiung der Sonderkontrolle der Gemeinden durch die Beratungsstelle für Auslandsanleihen und durch die Befreiung der Kapitalertragssteuer für alle Auslandsanleihen öffentlicher Körperschaften. Nachdem auch der Deutsche Städtebund gegen die unerträgliche Praxis der Beratungsstelle für Auslandsanleihen aufgetreten ist, ist zu hoffen, daß Vorzüge der Sozialdemokratie auf Aufhebung des Reichsgesetzes vom März 1925 und Kapitalertragssteuerfreiheit für Auslandsanleihen öffentlicher Körperschaften künftig mehr Erfolg haben werden als bisher.

Das hat zu ganz unerträglichen Zuständen geführt. Wirtschaftlich berechtigter Bedürfnisse der Gemeinden werden vielfach ungünstiger behandelt, als die Bedürfnisse der Privatwirtschaft.

Da die Gemeinden aber oftmals Gelder unter allen Umständen haben müssen, so nehmen sie sich kurzfristige Anleihe vor, wenn ihnen die Genehmigung zu einer langfristigen Anleihe verweigert wird. Kurzfristige Gelder aber sind natürlich teurer als langfristiges Geld. Alle drei Anleihen sind nicht nur für die Gemeinden unangenehm, sondern auch unangenehm für die Gesamtwirtschaft. Sie überlasten die Währungs- und reparationspolitischen Verhältnisse, die von dem Reichsbankpräsidenten Schacht gegen die Aufnahme von langfristigen Auslandsanleihen angeführt werden und die der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius bereits mehrfach öffentlich bekämpft hat. Daher hat sich jetzt auch der Deutsche Städtebund in Magdeburg geäußert und gegen die scharfen Protest gegen die einseitige Bevorzugung der privaten Wirtschaft bei Auslandsanleihen zu erheben. Er hat ferner die Auffassung des Reichsbankpräsidenten, der lediglich die denkwürdigen Wirtschaftslage als produktiv anerkennt, will, als volkswirtschaftlich unhaltbar bezeichnet. Man kann sogar noch weiter gehen und Auslandsanleihen, die der Förderung des Wohnungsbaues dienen sollen, als eine in jeder Beziehung volkswirtschaftlich zweckmäßige Verwendung von Auslandsgebern erklären.

Nachdem die Finanzierung des Wohnungsbaues durch inländisches Kapital, auf die die prominentesten bürgerlichen Sachverständigen im Frühjahr dieses Jahres die allergrößten

### Immer wieder Rakowski.

Neue französische Schritte in Moskau.  
SPD, Paris, 30. September. (Eig. Drahtbericht.)  
Am Freitag hat in Rambouillet ein Ministerrat stattgefunden, in dem Briand über die letzte Völkerbundstagung Bericht erstattete. Marineminister Leger beschränkte sich auf die schweren Zwischenfälle im Militärgefängnis von Toulon und erklärte, es seien Maßregeln ergriffen, um einer Wiederholung vorzubeugen. In der amtlichen Meldung über die Sitzung wird erklärt, daß sonst nur laufende Angelegenheiten behandelt worden seien.

Der Temps weiß darüber bereits zu melden, daß der Ministerrat sich außerdem mit dem Fall Rakowski und den Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten beschäftigt habe. Zu dem Fall Rakowski habe der Ministerrat beschlossen, in keine neue Verhandlungen mit Rußland einzutreten, solange Rakowski noch in Haft ist. Das würde bedeuten, daß die reaktionäre Strömung im Ministerrat, die die Abberufung Rakowskis verlangt, Oberwasser gewonnen hat. In der Frage der amerikanisch-französischen Handelsbeziehungen hat der Ministerrat die französische Antwort auf die letzte amerikanische Note ausgearbeitet. Sie ist abnehmend ausgefallen. Der Ministerrat erklärt, daß Frankreich nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit mit Amerika in Verhandlungen eintreten und unter allen Umständen das Meistbegünstigungsrecht ohne amerikanische Kompensation verweigern werde.

Endlich hat der Ministerrat nach dem Temp's die von der Finanzkommission der Kammer verlangte Freilassung des Kommunisten Cachin, der Mitglied der Kommission ist, abgelehnt.

wasser gewonnen hat. In der Frage der amerikanisch-französischen Handelsbeziehungen hat der Ministerrat die französische Antwort auf die letzte amerikanische Note ausgearbeitet. Sie ist abnehmend ausgefallen. Der Ministerrat erklärt, daß Frankreich nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit mit Amerika in Verhandlungen eintreten und unter allen Umständen das Meistbegünstigungsrecht ohne amerikanische Kompensation verweigern werde.

Endlich hat der Ministerrat nach dem Temp's die von der Finanzkommission der Kammer verlangte Freilassung des Kommunisten Cachin, der Mitglied der Kommission ist, abgelehnt.

### Schacher um das Schulgesetz.

Die Regierung Bahens hat sich auf einen Antrag geäußert, daß für die Länder mit Einmündung die Umwandlung der Gemeindefachschule herangezogen werden soll. Auch solle eine Befragung der Erziehungsberechtigten über die Rückwandlung einer Schule zulässig sein. Im übrigen wurde den Anträgen der preussischen Regierung zugestimmt.

### Geburtstagspräsidenten für Hindenburg.

Süß, nahrhaft, bitter.  
Die bairische Großmutter L. u. b. e. a. macht eine süße Spende: eine Marzipanorte; L. u. b. e. a. die Silberorte der alten Stadt. Medlenburg listete einen für das beste Hochmildeverfügen gültigen Jagdberechtigungsschein. Triff der Schätze, dann ist es eine nahrhafte Sache.

Der Kaiser, wenn ein Jagdbunfall passiert. General von Seeck hat einen bei Goslar erlitten, eine Schenkerzeugung, die es ihm unmöglich macht, an der Geburtstagsfeier des Reichspräsidenten in Berlin teilzunehmen.

Den Ketter haben wir ihn gesehen, rückwärts und vorwärts schauend. Alte Erinnerung entzündend und neue Hoffnung, pflanzte unter Auf sich fort von Mund zu Mund. Lebendig ward wieder die Erinnerung an den Tag von Lannenberg und an den Geist von Fannenberg.  
(Hamburgische Deutschnationale Monatschrift)

### Was Bayern und Württemberg darbringen.

Die bairische Amnestie umfaßt etwa 200 Personen. Die amtliche Mitteilung besagt nur, daß die Regierung Strafen der Gerichte erlassen oder gemindert habe. Nach der Volk. Ztg. soll die Amnestie sämtliche Räterepublikaner umfassen, mit Ausnahme des Lindner, der das Attentat auf den Abgeordneten Auer im Landtag begangen hat. Der Strafantrag für den Obersten Arco (Eisener Arbeiter) ist in einträgliche Begnadigung umgewandelt worden. In Württemberg sind 67 Gefangene entlassen und 229 Beurteilt mit einem Gnadenbeweis bedacht worden. Amnestiert werden unter anderem ein kommunistischer und ein demokratischer Redakteur. Im übrigen handelt es sich im wesentlichen um Personen, denen das Gericht mildernde Umstände zurkannte.

### Ein Gratulant!



### Fälthorn der Stiel.

Der demokratische Zeitungsdienst erklärt, daß der angekündigte Gesetzentwurf über die Amtsbeziehungen der Reichsbeamten an den Reichsrat gelangt sei. Er enthält die Bestimmungen, daß die Amtsbeziehungen der Reichsbeamten vom Reichspräsidenten genehmigt werden sollen. Die neu einzuführenden Amtsbeziehungen würden also auf dem Verordnungswege eingeführt werden; der Reichstag hat dabei nichts zu sagen.

### „Von Staats- und gelehrten Gaben“.

Unter dem Titel der Vossischen Zeitung.  
Vossische Zeitung: „Vor 80 Jahren, am 2. Oktober 1847, brachte die Vossische Zeitung Hindenburgs Geburtstagsanzeige. Eine 12 Seiten starke Nachbildung dieser historischen Nummer in Faksimile-Druck liegt morgen zum Geburtstagsfeier der Reichspräsidenten der Gesamtanfrage der Vossischen Zeitung bei.“

### Ludendorff spuckt in die Feilschuppe.

Die Oberleitung des völkischen und mit Ludendorff eng verbundenen „Lannenbergbundes“ hat einen „Lagebericht“ herausgegeben, in dem den Mitgliedern „wegen der staatsrechtlichen Vorgänge bei der Tannenbergsdenkmalfeier“ nachzusehen wird, sich am 2. Oktober an den Feiern zu Ehren Hindenburgs zu beteiligen. Diese staatsrechtlichen Vorgänge“ nachzusehen wird, sich am 2. Oktober an den Feiern zu Ehren Hindenburgs zu beteiligen. Diese staatsrechtlichen Vorgänge“ nachzusehen wird, sich am 2. Oktober an den Feiern zu Ehren Hindenburgs zu beteiligen.

### „Herrn, roß, Meine gesammelten Reden...“

„Herrn, roß, Meine gesammelten Reden...“  
fällt keine passende Taktlosigkeit ein!“

### Dem Ketter.

Und in aller Schwach ein Stolz auf unser Oester! Und in allem Leid ein Glaube an unser Morgen! Das ist unser Heut! — Und Stolz und Glaube und Morgen und Oester. — Ein's geworden, Symbol gemorden, groß einer über unsern Alltag empor: Hindenburg.

### Der falsche Prinz.

Lebenserinnerungen von Harry Domela.

Trotz meiner Verwahrlosung wurde ich als Hausbursche angestellt. Der Schriftsteller gab mir Kleider, und ich sah wieder einigermaßen annehmbar aus. Als ich das ruhige Haus dieses Mannes zuerst betrat, hätte ich zu jeder Bedingung den Posten übernommen. Hier war Schweigen, Stille, Frieden. Hier konnte ich eine Zukunft finden. Lange dauerte es, bis ich wieder zu Kräften kam. Jetzt erst, hier in der Ruhe, begann mich der Spuk der Unterwelt zu quälen, durch die ich hindurch gegangen war — und ich war froh, mich in einen Käfig verlocken zu haben. Nur ausruhen, erholen, schlafen... Keinen andern Gedanken hatte ich. Und dennoch garte alles in mir. Mir alle von Hause mitgegebenen Anschauungen waren vernichtet. Viel Neues hatte ich erlebt, hatte die Tiefen des Lebens gesehen, aber mich bildete in mir ein krauses Durcheinander, aus dem ich mich nicht zu befreien vermochte. Immer wieder stand jene Welt in mir auf, in der ich mich noch vor kurzem heimlich gefühlt hatte. Mit jenen Leuten, ich gestand es mir oft, verband mich etwas, das mich immer wieder zurückziehen wollte. Was es die gemeinsame Not, die sie ebenso wie ich erlebt hatten und noch erleben? Was es das gemeinsame Schicksal, daß wir alle zusammengehörten, weil wir alle von der Gesellschaft ausgeschlossen waren? Lauter Fragen, auf die ich mir keine Antwort geben konnte. Der Schriftsteller hatte eine reiche Bibliothek. Da lag ich denn in meinen freien Stunden und las. Da lebten in mir fremdes Leid und fremdes Schicksal auf, und ich sah, daß die Geschichte des Menschen nichts als eine einzige lange Leidensgeschichte war.

Sanft kam ich wieder Farbe. Und als ich mich von

### Berleinerung der Lebenshaltung.

Die Reichsregierung für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats September 1927 gegen 146,6 im Vormonat. Sie ist demnach um 0,3 v. H. gestiegen. In dieser Steigerung sind die Bedarfsgruppen „Ernährung“, „Wohnung und Beleuchtung“, sowie „Bekleidung“ beteiligt. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen: 1913/14 = 100, für Ernährung 150,6, für Wohnung 115,1, für Heizung und Beleuchtung 144,5, für Bekleidung 159,8, für den sonstigen Bedarf einschließlich Verkehr 184,1.

### Ich sprach meinen Namen langsam und deutlich.

Ich sprach meinen Namen langsam und deutlich. „Ach so, also nicht... Herr zur...?“ — „Nein.“ Er wandte sich seinem Schreibtisch zu und fragte plötzlich in einem ganz andern Ton: „Was wünschen Sie denn von mir?“ — „Ich wollte Herrn Professor bitten, ob Herr Professor mir irgendeine Tätigkeit verschaffen können?“ — „Nein, das kann ich nicht!“ unterbrach er mich barsch. „Was denken Sie sich denn eigentlich? Alles kommt nach Hamburg. Wären Sie doch nur ruhig in Berlin geblieben!“ und nach einer kurzen Weile der Verlegenheit mich verabschiedend: „Ich kann Ihnen wirklich nicht helfen; es tut mir wirklich leid. Guten Tag!“ Ich war starr und blieb einen Augenblick stehen. „Nun, was wünschen Sie noch?“ fragte er. Ich nahm alle Courage zusammen. „Herr Professor sind der Vertrauensmann aller Wälfen. Ich bitte Herrn Professor, mir irgendeinen Rat zu geben, was ich hier anfangen soll, ich bin vollständig fremd hier, habe nur noch wenige Mittel...“ Er ließ mich ruhig ausreden. „Nun, noch was?“ fragte er fast spöttisch. „Das kennt man zur Genüge. Alle kommen sie nach Hamburg, und ich soll sie unterstützen. Es tut mir leid; ich kann Ihnen nur einige Zellen an das städtische Arbeitsamt geben.“ Im Stehen war er ein paar Worte in einem zerknirschenden Ton und kehrte mir den Rücken. Ich war abgestempelt.

Auf dem Arbeitsamt wanderte der Zettel sofort in den Papierkorb. „Wie kommt der Professor dazu, alle zu uns zu schicken? Mag er doch für seine Wälfen selber sorgen. Sie sind Ausländer. Wir sind froh, wenn wir unsere eigenen Leute unterstützen. Der Professor kann Sie doch unterstützen. Gehen Sie ruhig zu ihm zurück und sagen Sie ihm Bescheid.“ So stand ich wieder draußen. Zum Professor ging ich selbstverständlich nicht noch einmal.

Auf Hamburg lastete ein Nebelmeer; tagelang war alles in dichten Dunst gehüllt. Wie konnten hier nur Menschen wohnen, ohne tief, nützlich zu werden? Als auch noch ein

### schwerer Dauerregen niederzuschlug, hatte ich genug von dieser unfreundlichen Stadt und fuhr an Berlin vorbei nach Leipzig.

Leipzig ist eine niederdrückende Stadt, Messschaffen, Pelzjuden und Buchdruckerinnen. Tagelang war ich im Museum und betrachtete mir vor allem Klingers Werke. Auch das Völkerkriegsdenkmal mit seinen gewaltigen Ausmaßen sah ich mir an. Die guten Leipziger haben indes herausgefunden, daß das Innere des Denkmals eine wunderbare Musik hat und veranstalten hier ihre Konzerte. Man sagte mir, sie seien noch stolz darauf. Unmöglich zu sagen, daß ich in einer Stadt, zu der ich sonst in gar kein Verhältnis kommen konnte, nicht lange verweilte. Mit dem Gelde, das ich mir in Leipzig durch Gelegenheitsarbeit verdient hatte, fuhr ich nach München.

In München glaubte ich die erste große, echtdeutsche Stadt zu sehen. Nur im Hofbräuhaus bekam ich ein geheimes Grauen. Einen solchen Sauffall hatte ich selten gesehen. Der Ausdruck „Schwemme“ ist noch zu gut dafür. Der Odeonsplatz war damals allen Münchnern noch in Erinnerung; im vergangenen Herbst waren hier Teilnehmer am Ludendorff-Hiller-Putsch gefallen.

Meinen Lebensunterhalt verdiente ich durch Zeichnen, Gartenarbeiten und ähnliches. Nebenbei schlich ich mich öfters in die Universitätsvorlesungen. Ich profitierte aber herzlich wenig davon, da sie mir meist viel zu trocken waren. Doch lernte ich eine Reihe von Studenten kennen, mit denen ich die lustigsten Fabriten unternahm. Es ging doch nichts über so ein ungebundenes Leben. Herrgott, waren diese jungen Leute zu beneiden! Wenn ich da an mein eigenes Leben dachte...! Da ich keinen Personalausweis hatte, wurde ich von der Polizei aufgegriffen. Sie ließ mich vierzehn Tage sitzen, bis sie herausbekommen hatte, daß ich doch Harry Domela sei. Da ich keine Mittel besaß, wies sie mich dann aus Bayern aus. So zog ich wieder nach Berlin. (Fortsetzung folgt.)